



Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Pressemitteilung 07/2015

Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

Wohngeldreform zum 01.01.2016?

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) kündigt am heutigen Tag eine Wohngeldreform zum 01.01.2016 an! Das Wohngeld soll ab 2016 an die Entwicklung der Einkommen und Warmmieten angepasst werden.

Hierzu heißt es wie folgt: "Mit einer Wohngeldreform will das BMUB das Wohngeld an die Entwicklung der Einkommen und der Warmmieten seit der letzten Reform 2009 anpassen. Insgesamt soll das Wohngeld damit steigen.

Zum einen sollen die sogenannten Tabellenwerte angepasst werden. Damit soll neben dem Anstieg der Bruttokaltmieten und des Einkommens auch der Anstieg der warmen Nebenkosten und damit insgesamt der Bruttowarmmiete berücksichtigt werden. Denn seit der Reform 2009 sind die Preise um durchschnittlich acht Prozent und die Warmmieten um durchschnittlich neun Prozent gestiegen. Daraus ergibt sich eine Anpassung der Tabellenwerte um durchschnittlich 39 Prozent.

Zum anderen sollen die Miethöchstbeträge regional gestaffelt angehoben werden. Die Miethöchstbeträge bestimmen den Betrag, bis zu dem die Miete durch das Wohngeld bezuschusst wird. In Regionen mit stark steigenden Mieten sollen diese überdurchschnittlich stark ansteigen. Von der Wohngeldreform werden rund 870.000 Haushalte profitieren. Darunter sind rund 90.000 Haushalte, die bisher auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Die Leistungsverbesserungen werden gerade Familien und Rentnern zugutekommen."

Der AMV Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. begrüßt die beabsichtigte Wohngeldreform ausdrücklich. Hierzu der 1. Vorsitzende Uwe Piper: "Diese Reform ist mehr als

überfällig. Sie hätte viel früher kommen müssen. Wichtig ist, dass sich in Zukunft das Wohngeld an der Bruttowarmmiete und nicht mehr - wie zur Zeit - an der Bruttokaltmiete ausrichtet. Auch sollte der Gesetzgeber sich vom statischen System verabschieden und eine Dynamisierung einführen, damit zukünftige Entwicklungen gleich mit geregelt werden. Schließlich wird die Forderung des Deutschen Mieterbundes (DMB) nach einem Klimazuschuss zum Wohngeld ausdrücklich unterstützt."

Berlin, 20.02.2015

Marcel Eupen, Pressesprecher